



Liebe Kreisrätinnen, liebe Kreisräte,

als Landsberger Regionalgruppe der Omas for Future sind wir sehr besorgt darüber, dass nun, wenn unsere Informationen richtig sind, tatsächlich **alle** Stellen im Klimaschutzmanagement des Landkreises Landsberg eingespart werden sollen, um den Haushalt zu entlasten. Wir alle (auch Sie, liebe Kreisrätinnen und Kreisräte) müssen uns klarmachen, dass es nur wenig gibt, das wichtiger ist als der Klimaschutz!

Siehe hierzu auch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021: „Die aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG folgende Schutzpflicht des Staates umfasst auch die Verpflichtung, Leben und Gesundheit vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen. Sie kann eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung auch in Bezug auf künftige Generationen begründen.“¹

Der Landkreis Landsberg wirbt auf seiner Homepage mit der Zertifizierung im European Energy Award (eea)². Dort wird „die Erreichung der Treibhausgasneutralität der Kreisverwaltung bis 2028 und die Reduzierung der kreisweiten THG-Emissionen auf deutlich unter 6t/Einwohner bis 2030“ in Aussicht gestellt. Wie soll das ohne Klimaschutzmanagement möglich sein?

Die vereinten Nationen haben mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, kurz SDGs) und den dazugehörigen 169 Unterzielen ein umfassendes Rahmenprogramm zur Verwirklichung einer weltweit nachhaltigen Gesellschaft verabschiedet³. Diese Ziele sind auch unter dem Namen „Agenda 2030“ bekannt, soll heißen bis 2030 sind diese Ziele umgesetzt bzw. Maßnahmen in Kraft gesetzt, um die Ziele baldmöglichst zu erreichen.

Deutschland hat die Agenda 2030 unterzeichnet und im Frühjahr 2021 eine ergänzende Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. Diese soll Grundlage sein für politische Reformen sowie für ein verändertes Verhalten von Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Das alleine sollte genug Ansporn sein, um sich als Verantwortliche in der kommunalen Politik und Verwaltung fachlich kompetent in einem kontinuierlichen Prozess den 17 Nachhaltigkeitszielen zu widmen. Egal, ob es noch ein separates Gesetz gibt oder nicht.

Die Natur wartet nicht auf die bayerische Staatsregierung!

Deshalb fordern wir, dass diese 17 Nachhaltigkeitsziele sich in der Arbeit und den Leitbildern des Landkreises und seiner Gemeinden widerspiegeln. Keine Anträge und Beschlüsse mehr in politischen Gremien ohne Querverweise zu den betreffenden Nachhaltigkeitszielen! Implementierung der SDGs in die tägliche Verwaltungsarbeit. Das ist kein Hexenwerk, es gibt vielfältige (auch kostenlose) Kursangebote, zumeist online⁴.

Unter Berücksichtigung der sehr anspruchsvollen Herausforderungen in Bezug auf all die Erfordernisse, die diese globalen Nachhaltigkeitsziele erst erforderlich gemacht haben, ist es unabdingbar, dass sich Menschen mit entsprechendem Fachwissen in einer Kreisverwaltung dauerhaft und fest angestellt mit diesem Themenkreis beschäftigen, Fachabteilungen unterstützen, Ziele evaluieren und ein geeignetes Controlling betreiben. Eine „eingekaufte“ Dienstleistung ist meistens nicht preiswerter und zudem ein beliebtes Werkzeug, um Verantwortung abzuschieben.

Bitte nehmen Sie daher Ihre Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und auch der nachfolgenden Generationen wahr und stimmen Sie gegen eine Abschaffung des Klimaschutzmanagements im Landratsamt!

Ihre Wählerinnen und Wähler werden es Ihnen danken!

Die Regionalgruppe Landsberg
der Omas for Future

¹https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html

²<https://www.klimaschutz-landkreis-landsberg.de/projekte/european-energy-award-eea/>

³<https://www.bmu.de/themen/nachhaltigkeit/2030-agenda>

⁴ z.B.: <https://skew.engagement-global.de/sdg-seminarreihe.html> oder <https://sdg-portal.de/de/>